

## Klimaschutz in Neuseeland

Auckland, 2. April 2009

**Die Bundesrepublik gilt weltweit als führend in der Klimaschutz-Technologie. Mit grossem Interesse verfolgen neuseeländische Klimaexperten wie Klimaschutz in Deutschland vorangetrieben wird.**

„Wir sind mit einer ganzen Reihe von deutschen Experten in Kontakt, mit denen wir über relevante Themen zum Klimaschutz diskutieren“, teilt Fiona Weightman, Managerin bei der Energy Efficiency and Conservation Authority (EECA), mit. Die staatlichen Organisation unterstützt die Regierung bei der Umsetzung ihrer Energieeffizienz-Agenda. Erklärtes Ziel der EECA ist es, eine umweltverträgliche Energiezukunft für Neuseeland aufzubauen.

Deutschland, so Weightman weiter, habe den Vorteil, dass Klimaschutz von Regierungsseite her finanziell sehr viel mehr gefördert werde als in Neuseeland. Sie verweist auf die so genannten Feed-ins, die Einspeisetarife, die auf breiter Ebene in der Bevölkerung Anreize schaffen, sich in Sachen Klimaschutz zu engagieren. Zwar sind Einspeisetarife auch in Neuseeland in der Diskussion, konkrete Pläne dafür gibt es jedoch noch nicht.

Die Reduzierung der Treibhausgase gemäss dem Kyoto Protokoll, das Neuseeland im Jahre 2002 unterzeichnete, wird auch von der National Regierung, die seit Dezember 2008 im Amt ist, vorangetrieben. Bis zum Jahre 2010 sollen die sechs Treibhausgase auf den Stand von 1990 reduziert sein. Gemessen an der globalen Treibhausgas-Emission beträgt Neuseelands Anteil zwar nur 0,3 Prozent, vergleicht man jedoch den weltweiten Pro-Kopf-Ausstoß, liegt Neuseeland an zwölfter Stelle.

Erst kürzlich konnte Umweltminister Nick Smith verkünden, dass Neuseeland sein im Kyoto-Protokoll gesetztes Ziel wahrscheinlich übertreffen wird. Gleichzeitig gibt er sich aber vorsichtig: die Parameter seien einfach zu schwankend, um solide Prognosen zu stellen. So habe beispielsweise die grosse Dürre 2007/2008 dazu beigetragen, dass die landwirtschaftlichen Emissionen deutlich niedriger waren als in den Jahren zuvor.

Unter der National Regierung hat sich der Schwerpunkt der Energiepolitik und des Klimaschutzes ein wenig verlagert. Wichtig ist den Verantwortlichen heute vor allem die Sicherung der Energiequellen. Einige Projekte, die unter der vorherigen Labour Regierung ins Leben gerufen wurden, werden derzeit von der National Partei kritisch unter die Lupe genommen, bevor sie bewilligt werden, so zum Beispiel Pläne zum Ausbau der Wind- oder Solarenergie.

Die Strategie der jetzigen Regierung sieht vor, die Energieversorgung zu erschwinglichen Kosten und unter umweltfreundlichen Gesichtspunkten sicherzustellen.

„Der Fokus liegt jetzt mehr darauf, Geschäftsmöglichkeiten im Bereich Energie und Klimaschutz voranzutreiben“, erklärt Fiona Weightman, „In Zeiten von Rezession und wirtschaftlich anstrengenden Zeiten macht dies durchaus auch Sinn.“ Gleichwohl weist die EECA-Managerin darauf hin, dass „Energieeffizienz zunächst als Chance begriffen werden soll und nicht allein auf Kostenfaktoren reduziert werden darf.“

Neben dem Klimaschutz als Umweltherausforderung will National verstärkt in Projekte zur Trinkwasseraufbereitung, zum Abfallmanagement, zur Luftqualität und zur Erhaltung der Artenvielfalt investieren. Auch will sich der Minister dafür einsetzen, dass das Emissionshandelssystem (ETS) implementiert wird.

Mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen die Neuseeländer in diesem Zusammenhang die Entwicklung der „Carbon Capture and Storage (CCS)“. CCS-Technologien ermöglichen die Abscheidung und anschließende Speicherung von CO<sub>2</sub> bei fossilen Brennstoffen, so dass ein erheblicher Klimaschutzbeitrag erwartet wird.

Am 16. April 2009 gab der australische Premierminister Kevin Rudd die offizielle Gründung des „Global Carbon Capture and Storage Institute“ (GCCSI) bekannt. Aufgabe des Institutes soll es sein, Forschung und Entwicklung sowie international vorhandenes Wissen zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung zu bündeln und damit ein weltweites Register mit bereits bekannten CCS-Demonstrationsprojekten aufzubauen. Die australische Regierung stellt für die Arbeit des Instituts umgerechnet rund 50 Millionen Euro bereit.

Weltweit beteiligen sich 85 verschiedene Institutionen als Gründungsmitglieder und unterstützende Teilnehmer am Institut, u.a. 16 Regierungen, inkl. Neuseeland.

© By Doris Evans